

Interview
16. Februar 2022

Johanna Börgermann im Gespräch mit Moritz Küpper

Moritz Küpper: „Wir werden laut!“ - #wirwerdenlaut – Schulen in der fünften Welle: Unter dieser Ankündigung kursiert seit einiger Zeit ein offener Brief von Jugendlichen, Schülerinnen und Schülern. Tenor: Wir werden vergessen, unsere Sorgen und Nöte in dieser Pandemie, sie werden nicht genug beachtet von der Politik, der Gesellschaft, auch und gerade nun in Zeiten, in denen geöffnet werden soll, in denen andere Maßnahmen fallen sollen. – Am Telefon ist nun Johanna Börgermann von der Landesschülerinnenvertretung in Nordrhein-Westfalen. Sie ist 19 Jahre alt, Abiturientin am Städtischen Gymnasium Löhne, bei den Jusos engagiert und die dritte Unterzeichnerin dieses offenen Briefes an die Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger, den Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Karin Prien, und an die Regierungspräsidien der Länder. Guten Morgen, Frau Börgermann.

Johanna Börgermann: Guten Morgen.

Küpper: Frau Börgermann, heute sollen, heute werden Lockerungen besprochen werden, wohl auch Lockerungen beschlossen. Manchen Ländern kann es nicht schnell genug gehen. Ist das jetzt endgültig der „Durchseuchungsplan“, vor dem Sie warnen?

Börgermann: Im Endeffekt müssen wir, glaube ich, erst mal trennen, was in Schule passiert und was draußen passiert. Ich glaube, wir reden vor allem von Lockerungen im Sinne von 2G+ und 3G. Das haben wir in Schule sowieso nicht. Wir haben an Schule 3G und das wird vermutlich jetzt auch kommen. Im Endeffekt möchten wir uns darauf konzentrieren, was an Schule passiert, und da ist ganz wichtig, dass die Maskenpflicht erst mal nicht fällt und dass wir weiterhin testen und die Hygienemaßnahmen weiterhin eher anheben, anstatt sie zu lockern, weil wir doch noch ein relativ großes Infektionsgeschehen an Schule und vor allem bei jüngeren Kindern haben.

Küpper: Der Weg ist jetzt irgendwie klar in diese eine Richtung, Richtung Öffnung beschrieben. Sie haben das vollkommen richtig voneinander getrennt. Und Sie schreiben ja auch zu den Schulen, der aktuelle Durchseuchungsplan ist unverantwortlich und unsolidarisch. Fühlen Sie sich im Stich gelassen?

Börgermann: Im Endeffekt ja. Ich glaube, das ist nicht nur bezogen auf jetzt, die letzten fünf Wochen, wo dieser Brief entstanden ist, sondern die letzten zwei Jahre. Wir haben als Schüler*innenvertreter*innen immer schon laut gesagt, wir müssen jetzt hier mal was machen, wir müssen auch Inhalte zum Beispiel anpassen, wir müssen gucken, wie wir die Abschlüsse fair gestalten können, damit wir Schülerinnen und Schüler nicht verlieren in dieser Pandemie. Aber darauf wurde nicht gehört und wir sehen wirklich nicht, dass man jetzt sich solidarisch mit uns zeigt, obwohl wir das die letzten 23 Monate immer getan haben, um die vulnerablen Gruppen, die damals noch nicht geimpft waren, zu schützen.

Küpper: Warum lässt die Politik die Kinder und Jugendlichen im Stich? Sie haben es beschrieben, es geht schon länger so. Auch Ihr Aufruf ist nun schon einige Tage und Wochen alt. Aber dennoch: Wie können Sie sich das erklären?

Börgermann: Ich kann selber keine gute Antwort darauf geben. Natürlich sind wir aber auch jetzt nicht die Wählerinnen und Wähler und generell ist es so, dass man die Jugend ungern ernstnimmt. Bei Fridays for Future wurde irgendwann mal gesagt: Lasst das mal die Profis machen und nicht die Schülerinnen und Schüler. Da ist, glaube ich, gesellschaftlich immer noch dieses Stereotyp von unwissenden Kindern und wir möchten ganz klar zeigen, dass wir als Jugendliche mitbestimmen können und dass wir vor allem auch eine Meinung haben und für unsere Bedürfnisse eintreten müssen und können.

Küpper: In der Klimafrage hat sich vor allem aus Schülerinnen und Schülern eine Bewegung gegründet, Fridays for Future. Daher kommt das Zitat, was Sie gerade angesprochen haben. Droht nun bei dem Weg aus dieser Pandemie, bei der Bekämpfung der Pandemie auch eine Art Generationenkonflikt?

Börgermann: Ich denke, diesen Generationenkonflikt haben wir schon. Den hatten wir auch bei Fridays for Future. Aber hier kommt es darauf an, dass wir jetzt machen und wie die Politik jetzt handelt. Für mich ist es wichtig, dass wir in einen offenen Diskurs gehen und dass das Signal kommt, dass man uns zumindest ernstnimmt und probiert, einen Kompromiss auszuhandeln, denn natürlich gibt es verschiedene Interessen und man muss den gemeinsamen Weg finden. Aber wir müssen erst mal zu dem Punkt kommen, wo die Gespräche ernstgenommen werden. Ich habe oft das Gefühl, die Gespräche werden wahrgenommen, weil man das muss beim öffentlichen Druck, aber wirklich was mit rausnehmen, wirklich was ernstnehmen, das passiert immer noch nicht.

Küpper: Sie wählen ja selber durchaus auch drastische Worte. Glauben Sie, dass das für den Diskurs hilfreich ist, oder werden Sie sonst nicht gehört?

Börgermann: Ich glaube, wir hätten gar nicht die mediale Aufmerksamkeit bekommen, wären so drastische Worte wie „Durchseuchungsplan“ nicht in diesem Brief gewesen. Im Diskurs oder in den Gesprächen mit Politikerinnen und Politikern versuchen wir, dass wir einen gemeinsamen diplomatischen Weg finden, aber wenn wir keine drastischen Worte nutzen, dann ist es auch wieder nur so ein Hin und Her und im Endeffekt werden wir dann wieder belächelt. Ich glaube, man muss auch mal wirklich sagen, wenn was schief läuft, und man muss es auch drastisch betonen. Wenn 23 Monate Stillstand in Bildung ist und nichts mehr läuft, dann kann man das auch mal ganz klar sagen, auch wenn die Wahrheit vielleicht unangenehm ist.

Küpper: Es gab einen Diskurs. Karin Prien, die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, die Bildungsministerin aus Schleswig-Holstein, die hat auch auf Twitter mit Ihnen diskutiert und dann sehr zugespitzt darauf hingewiesen, dass Kinder an und mit Corona sterben, und daraufhin einen sogenannten Shitstorm, Anfeindungen erlebt, zumindest eine sehr ordentliche Auseinandersetzung, qualitativ wie quantitativ, und sie hat sich dann von der Plattform zurückgezogen. Können Sie das nachvollziehen?

Börgermann: Ich kann das nachvollziehen. Ich habe auch selber ganz, ganz schnell mich dazu geäußert und gesagt, dass ich das ganz traurig finde, dass Politiker*innen ihren Twitter-Account schließen, weil das dem Diskurs nicht hilft. Wenn wir den Diskurs haben wollen auf sachlicher Ebene, dann bringt uns das nichts, wenn wir uns gegenseitig anfeinden im Internet. Auch ich hatte Anfeindungen, vor allem aus der linken Szene, und es bringt uns gar nichts, sondern im Endeffekt leben wir in einer Demokratie und da müssen wir auch andere Meinungen akzeptieren. Ich hoffe, dass Frau Prien und wir einen anderen Weg jetzt finden als auf Twitter, und ich hoffe auch, dass die Menschen, die dazu beigetragen haben, zumindest überlegen, ob die Beleidigungen hätten sein müssen.

Küpper: Wir erleben das ja immer wieder. Aber wie könnte der Diskurs dann laufen? Welche anderen Wege, die Sie gerade angesprochen haben, könnte es geben?

Börgermann: Zum Beispiel regelmäßige Gespräche mit Schülerinnen und Schülern. Vor Corona gab es diese Gespräche nicht wirklich, oder zumindest nur einmal im Jahr, und einmal im Jahr darüber reden, das reicht nicht, weil das Schulsystem war ja schon vor Corona marode und ziemlich alt. Das heißt, wenn wir einen regelmäßigen Austausch zwischen Lehrern, Schülern, Eltern und den Ministerien hinbekommen, wäre das schon mal total toll, dass man vielleicht auch daran arbeitet, Schülerinnen und Schüler in Entscheidungsgremien mit einzubeziehen, das heißt in die Schulausschüsse, und im Endeffekt Forderungen probiert umzusetzen, die da kommen.

Küpper: Lassen Sie uns noch auf die aktuelle Debatte schauen. Es gibt nun Stimmen, die sagen, dass es im Grunde genommen zwei Positionen einer Mindermeinung gibt: Auf der einen Seite die totalen Gegner der Maßnahmen, die für Öffnungen sind, und auf der anderen Seite gibt es eine ähnlich große Gruppe, die ein sehr hohes Sicherheitsbedürfnis hat. Aber beides sind im Grunde genommen nicht mehrheitsfähige Positionen. Können Sie das verstehen?

Börgermann: Ich verstehe das. Ich verstehe die Begründung und deshalb sagen wir ja auch, wir fordern keinen Distanzunterricht. Wir fordern eine Aussetzung der Präsenzpflicht beispielsweise, um es eventuell dieser Minderheitsgruppe zu ermöglichen, dass diese Kinder zuhause bleiben, weil wir haben noch immer vulnerable Gruppen bei den Fünf- bis Elfjährigen, Kinder mit Vorerkrankungen, und denen möchten wir ermöglichen, zuhause zu bleiben. Der Rest, wenn wir hier von der Mehrheit reden, die können dann ganz normal zur Schule gehen. Uns ist bewusst, dass wir jetzt nicht die Mehrheit in den Distanzunterricht drängen wollen, und im Endeffekt fordern wir auch eigentlich nur, dass wir Schulen sicherer für alle machen und dass wir zum Beispiel auch auf die psychische Gesundheit von Schülerinnen und Schülern eingehen. Da würde ich zum Beispiel widersprechen und sagen, ich glaube, das ist kein Minderheitsproblem. Die Studien haben auch sehr gut gezeigt, dass die psychische Belastung immens war für viele und dass wir das endlich aufarbeiten müssen mit Fachpersonal.

Küpper: Könnte man das dann nicht eher über Ausnahmegenehmigungen regeln lassen? Denn es können sich ja im Grunde genommen jetzt alle Schulkinder impfen lassen und es gibt auch Kinder- und Jugendärzte, die sprechen jetzt davon, dass es einen Strategiewechsel brauche. Es sei illusorisch, jede Form der Infektion zu verhindern.

Börgermann: Ja. Zur Impfung möchte ich mich nicht äußern. Ich bin ja keine Virologin. Ich glaube, das müssen die Familien, die Eltern und die Kinderärzte gemeinsam entscheiden, was da der bessere Weg ist.

Diese Idee war ja vor allem gedacht bei uns für vulnerable Gruppen, dass es für diese Gruppen einfacher ist zu sagen, wir gehen jetzt in den Distanzunterricht. Gerade ist das ja nicht möglich. Gerade sind diese Ausnahmeregelungen nur teilweise in bestimmten Bundesländern möglich. Wir wollen diese Regelung möglich machen für jedes Bundesland und das ist eigentlich auch diese Kernforderung. Wir möchten den Schattenfamilien ermöglichen, ihre Kinder vielleicht bis zur Impfung oder bis zu einem legitimen Schutz zuhause zu lassen. Ansonsten plädieren wir auch dafür, dass der Präsenzunterricht eigentlich das Beste und Chancengleichste ist, und das möchten wir um Gottes Willen niemandem wegnehmen. Ich persönlich würde auch nie wieder in Distanzunterricht gehen, wenn ich es nicht müsste.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.